

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 23.09.2008
	Schriftführung Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 17. September 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:56 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - öffentlicher Teil -**
Seite A 3
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - öffentlicher Teil**
469/2008 *Seite A 3*
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 3*
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
470/2008 *Seite A 4*
- 6. Angebote der Jugendsozialarbeit:
Jugendwerkstatt der AWO Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis**
480/2008 *Seite A 4*
- 7. "Frühe Hilfen" für Familien in Bergisch Gladbach**
501/2008 *Seite A 5*

- | | | |
|--------------|---|-------------------|
| 8. | Sachstandsmitteilung Netzwerk Gronau – Hand
472/2008 | <i>Seite A 7</i> |
| 9. | Investitionsprogramm zum Ausbau des Angebotes an Krippenplätzen
527/2008 | <i>Seite A 9</i> |
| 10. | Mittelfristige Ziele für die Produktgruppen 006.550 und 006.560
519/2008 | <i>Seite A 9</i> |
| 11. | Jugendzeltplatz
565/2008 | <i>Seite A 11</i> |
| 12. | Anfragen der Ausschussmitglieder | |
| 12.1. | Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2008 zu den Öffnungszeiten der Kindertagesstätten
528/2008 | <i>Seite A 12</i> |
| 12.2. | Mündliche Anfragen | <i>Seite A 13</i> |

B **Nichtöffentlicher Teil**

- | | | |
|-----------|---|------------------|
| 1. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - nichtöffentlicher Teil - | <i>Seite B 1</i> |
| 2. | Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - nichtöffentlicher Teil
533/2008 | <i>Seite B 1</i> |
| 3. | Mitteilungen der Vorsitzenden | <i>Seite B 1</i> |
| 4. | Mitteilungen des Bürgermeisters | <i>Seite B 1</i> |
| 5. | Anfragen der Ausschussmitglieder | <i>Seite B 1</i> |

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Bendig, eröffnet die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Sie macht darauf aufmerksam, dass

- Frau Dehler (Evangelische Jugend) durch Frau Becker (Amt für Diakonie) und
- Herr Bilski (Deutscher Kinderschutzbund) durch Frau Ibe vertreten wird.
- Herr Schmitz (Katholische Kirche) nimmt an der Sitzung für den ausgeschiedenen Herrn Pfarrer Kern teil. <-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt. <-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.06.2008 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. <-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Bendig erinnert daran, dass Herr Knops heute zum letzten Mal an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnimmt. Er habe den Ausschuss viele Jahre begleitet und nehme in Kürze andere Aufgaben wahr.

Herr Knops gibt einen kurzen Überblick über seine Tätigkeit bei der Stadt Bergisch Gladbach. Seit 1992 habe er regelmäßig mit dem Ausschuss zusammengearbeitet, was ihm sehr viel Spaß gemacht habe.

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für seine Tätigkeit und

wünscht ihm für seine neue Aufgabe das allerbeste. <-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Herr Hastrich weist auf zwei Vorlagen aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hin, die als Tischvorlagen verteilt wurden. Eine Vorlage habe das Regionale Bildungsnetzwerk zum Thema. Da die Bildungsnetzwerke auch die Kooperation mit der Jugendhilfe beinhaltet, hält die Verwaltung eine frühzeitige Information für sinnvoll.

Die andere Vorlage betreffe die Landesoffensive zur Ganztagschule im Bereich der Sekundarstufe I. Auch hier komme es zur Kooperation zwischen der Jugendhilfe und den weiterführenden Schulen. *(Beide Vorlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

Frau Lehnerts (CDU-Fraktion) Anfrage nach einer Wiederbesetzung der Stelle Herrn Knops' beantwortet Herr Mumdey dahingehend, dass die Frage einer internen oder externen Ausschreibung Gegenstand eines Gespräches zwischen dem Bürgermeister und ihm in der nächsten Woche sei. <-@

6 **Angebote der Jugendsozialarbeit:** **Jugendwerkstatt der AWO Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis**

@->

Frau Bendig begrüßt Frau Schwarz und Frau Kraft von der AWO.

Frau Schwarz trägt anhand einer Powerpointpräsentation vor. *(Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für die interessante Einführung in die komplexe Arbeit.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) bedankt sich für den Bericht und bringt ihre Wertschätzung zum Ausdruck. Bei der Darstellung des Netzwerkes habe sie die Kooperation mit der Volkshochschule vermisst. Bezogen auf den Hauptschulabschluss fragt sie die Verwaltung nach dem Stand der Dinge. Vor einigen Monaten sei diesem Ausschuss über finanzielle Kürzungen in diesem Bereich berichtet worden. Bezugnehmend auf den Vortrag möchte sie wissen, ob Teilnehmer der Jugendwerkstatt den Hauptschulabschluss in Bergisch Gladbach machen.

Dazu erklärt Frau Schwarz, neben der VHS seien sicherlich auch andere Stellen nicht genannt worden. Aufgeführt wurden nur solche Einrichtungen, mit denen die Jugendwerkstatt täglich eng zusammenarbeitet. Hauptschulabschlüsse würden selbstverständlich auch in Bergisch Gladbach sowie in Leverkusen erworben. Seit zwei oder drei Jahren seien die einschlägigen Schulen voll; die Teilnehmer müssten demzufolge ausweichen. Manche Teilnehmer würden am Berufskolleg in Bergisch Gladbach nicht mehr aufgenommen.

Herr Hastrich ergänzt zur Fragestellung „Arbeiten und Lernen“, diese Fördermöglichkeit sei mit dem letzten Schuljahr ausgelaufen. Da die rechtlichen Rahmenbedin-

gungen dies nicht zulassen, konnte auch keine Neuauflage erfolgen.

Eine Alternative sei die Förderung nach dem SGB III, die in berufsvorbereitende Qualifizierung eingebettet sei und eine höhere Zugangsschwelle habe. Zusammen mit der K – A – S werde nach einem Instrument als Ersatz für „Arbeiten und Lernen“ gesucht. Dies sei aber von der Novelle des SGB III abhängig, die derzeit auf Bundesebene vorbereitet würde.

Herr Neuheuser (Fraktion KIDitiative) erscheint die Zahl der Plätze zunächst recht klein. Er möchte wissen, wie groß das Potential der Jugendlichen in Bergisch Gladbach sei, die einen Platz benötigen. Weiter fragt er, ob dem Jugendamt bekannt sei, wie viele Hauptschulabgänger nach Ende ihrer Schulzeit direkt einen Ausbildungsplatz bekommen.

Frau Münzer bedankt sich für die CDU-Fraktion ebenfalls für die geleistete Arbeit. Aus ihrer eigenen beruflichen Praxis könne sie gut nachvollziehen, wie viel Ausdauer diese Arbeit erfordert.

Frau Schwarz gibt Herrn Neuheuser insoweit Recht, dass sich die Zahl von 16 Plätzen klein anhöre. Für die Zielgruppe der Jugendwerkstatt sei dies aber schon wie eine große Familie. Die Teilnehmer seien schon in ihren Schulklassen in irgendeiner Form aufgefallen. Die enge Anbindung an die Jugendwerkstatt sei nur durch die geringe Größe der Einrichtung zu erreichen. Darüber hinaus sei die Jugendwerkstatt die einzige Einrichtung in Bergisch Gladbach mit einem Jugendhilfeansatz. Der Bedarf an Plätzen sei z. B. im Bereich der Schulmüden zweifellos größer.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass sich die 16 Plätze auf drei Jugendamtsbezirke verteilen. Die Jugendamtsleitungen sehen das Angebot in dieser speziellen Form als bedarfsdeckend an. Für diese Personengruppe würden verschiedene Instrumente benötigt, weil die an die Jugendlichen gestellten Anforderungen und die Zielansätze sehr unterschiedlich seien. In Abstimmung mit der Kooperation Arbeit und Soziales gebe es Bemühungen um differenzierte Angebote.

Die gewünschten Zahlen könnten vom der Verwaltung des Jugendamtes und der K – A – S nicht geliefert werden. Der Geschäftsführer der K – A – S, Herr Schulte, bemühe sich, zumindest Annäherungswerte zu ermitteln.

Im System würden zunächst diejenigen auftauchen, die als ausbildungsfähig angesehen werden und keinen Ausbildungsplatz haben. Wer von der Berufsberatung nicht als ausbildungsfähig akzeptiert werde oder die Voraussetzungen für eine Berufsberatung nicht erfülle, tauche im Erfassungssystem nicht auf. Zahlen über junge Menschen ohne Ausbildungsplatz würden sich immer nur auf die Zahl der Ausbildungsfähigen beziehen, aber nicht auf die Zahl der Schulabgänger.

Ein anderer Weg, zu Zahlen zu kommen, führe über die Schulen selber. Allerdings würden nicht alle Schüler die Schulen mit einer Meldung verlassen.

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall des Ausschusses bei Frau Schwarz und Frau Kraft nochmals sehr herzlich für die geleistete Arbeit und den Vortrag. [<-@](#)

7

"Frühe Hilfen" für Familien in Bergisch Gladbach

[@->](#)

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche und informative Vorlage.

Aus der Vorlage gehe hervor, dass die Informationen ins Online-Angebot des Jugendamtes aufgenommen werden. Viele Leute, besonders diejenigen, die Hilfe bräuchten, hätten keinen Computer. Herr Schnöring möchte daher wissen, ob daran gedacht sei, eine Zusammenfassung z. B. in Familienzentren auszulegen.

Wichtig sei auch, früh genug zu wissen, wenn Modellversuche eingestellt werden. Allerdings hätte es wahrscheinlich den Rahmen gesprengt, darzustellen, wie der Bedarf ist oder wann solche Versuche auslaufen.

Herr Hastrich erklärt, der Informationsstand müsse immer aktuell gehalten werden. Ein Flyer sei daher mit Erscheinen schon fast wieder überholt. Daher sei entschieden worden, die Angaben nur im Internet zu veröffentlichen. Ein Hinweis auf das Angebot erfolge nicht nur an die Jugendhilfeeinrichtungen, sondern z. B. auch an Kinderärzte, Gynäkologen und Geburtskliniken. In der Tat sei die Frage, wie die Informationen zu denjenigen gelangen, die über keinen Computeranschluss verfügen. Z. B. über die Mitarbeiter des ASD bestehe die Möglichkeit, gezielt Informationen ausgedruckt zur Verfügung zu stellen. An relevanten Stellen sollen die Anlaufadressen bekannt gemacht werden.

Frau Ibe (Deutscher Kinderschutzbund) ist aufgefallen, dass in der Aufstellung der Kinderschutzbund Rheinisch-Bergischer Kreis fehlt. Aufgrund des großen Arbeitsaufkommens und der geringen Personalstärke sei eine Bearbeitung wohl leider unterblieben. Daher verweise sie in aller Kürze auf verschiedene Präventionsangebote und Elternkurse. Der Deutsche Kinderschutzbund wolle diese Angaben zügig dem Jugendamt nachreichen.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) sieht in der Vorlage all das, was von verschiedenen Seiten gemeldet wurde. Interessant auch im Sinne einer nachhaltigen Politik sei die Frage, was wirklich gebraucht werde, wo es Überschneidungen gebe, wie groß die Klientel sei und ob auch da jemand durch das Netz falle. Ihn beschäftige die Frage der Steuerung und der Systematik.

Frau Münzer stimmt diesen Ausführungen zu. Sie befürchte, dass die Angebote gerade von denen, die sie am dringendsten brauchen, nicht angenommen werden. Schon seit Jahren würden Wege gesucht, diese Leute zu erreichen.

Dieses Manko habe verschiedene Gründe. Die Klientel würden weder Programme noch Flyer oder ähnliches lesen. Sie bezweifelt, dass die Klientel im Internet entsprechende Seiten aufrufe. Auch mit den niederschwelligsten und preiswerten Angeboten könne sie die Zielgruppe nicht erreichen. Als einzige Möglichkeit sehe sie die direkte Ansprache.

Herr Hoffstadt hält es für erforderlich, auf die Klientel zuzugehen. Köln richte derzeit zusammen mit den freien Trägern einen flächendeckenden ehrenamtlich getragenen Besuchsdienst ein. Dieses System werde sehr langsam aufgebaut; die Ehrenamtler würden umfangreich geschult.

Herr Schnöring hält dies für richtig und verweist auf entsprechende Ansätze in den Angaben. Beispielhaft nennt er das Angebot der Familienhebamme.

Herr Köchling (Caritasverband RheinBerg) war überrascht, welch reiches Spektrum an Hilfen die Zusammenfassung enthalte. Gleichwohl sei es ihm aus fachlicher Sicht wichtig, keine von überzogenen Erwartungen zu wecken, was die Konzepte gerade hinsichtlich der besonders problematischen Familien schaffen können. Das Konzept

sei gut, könne aber Fälle wie Kevin nicht verhindern. Das schaffe auch kein Besuchsdienst. Wichtig sei, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Jugendamt und Helfende als Hilfe erlebt werden. Aus fachlicher Sicht sei es sehr problematisch, eine mit einer Kontrolle einhergehende Begrüßung durchzuführen.

Herr Hastrich sieht den ersten Schritt darin, sich einen Überblick zu verschaffen. Dann gebe es einen Arbeitskreis, in dem alle in diesem Bereich tätigen Träger zusammensitzen. In diesem Arbeitskreis werde besprochen, was gebraucht werde und wo neue Akzente gesetzt werden können.

Städtische Mittel werden dafür fast gar nicht aufgewandt. Es handele sich überwiegend um Angebote, die die Träger entweder selber oder mit Drittmitteln anderer Stellen finanzieren.

Grundsätzlich gehe er davon aus, dass die richtigen Leute erreicht werden. Er halte es für richtig, sich auch denjenigen zuzuwenden, die bereit seien, sich in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen zu lassen. Es werde nicht nur eine Komm-Struktur angeboten. Der nächste Tagesordnungspunkt sei ein Beispiel für eine Geh-Struktur.

Es sei ein ganzes Spektrum an Hilfestellungen erforderlich, um den angesprochenen Personenkreis zu erreichen. Z. B. Familienzentren seien hier nicht namentlich genannt. Dies sei aber auch nicht vorrangige Aufgabe der Frühen Hilfen, die hier zusammengestellt wurden.

Herr Hoffstadt sieht einen Weg in der Zusammenarbeit mit den Hebammen. Dabei handele es sich um eine von Frauen anerkannte Instanz. Die Frage nach einer Kontrolle habe sich damit erledigt. 99% würden mit den Hebammen erreicht. Sei eine längere Betreuung erforderlich, könne diese aus Jugendhilfemitteln bezahlt werden.

Frau Schöttler-Fuchs spricht sich für Überlegungen aus, wie diese Vorlage in Tageseinrichtungen (Kindergärten bzw. Familienzentren) transportiert wird, damit die dort Beschäftigten über das Angebot informiert sind. Sie selbst habe Erfahrungen mit dem Angebot EFFEKT des DRK gemacht. Dabei gehe es um Konfliktlösungen; Eltern werden eingebunden. Auch wenn solche Angebote Geld kosten, sollten Träger aufmerksam gemacht werden. Sie seien nachhaltig. Sie warne davor, eine Geh-Struktur mit Ehrenamtlern aufzuziehen.

Herr Hastrich erklärt, die Kindertageseinrichtungen werden über die Leiterinnenkonferenz informiert. Frühe Hilfen seien Gegenstand der Fortbildung für Erzieherinnen.

Die Stadt sei mit Kinderärzten, Hebammen und Krankenhäusern im Gespräch. Letzteres gestalte sich allerdings schwierig.

Sie seien auch mit im Arbeitskreis vertreten. Auf Kreisebene gebe es eine Abstimmung zwischen den Jugendämtern, dem Gesundheitsamt und dem Gesundheitssystem. Auch da seien die Erkenntnismöglichkeiten begrenzt, da keine Mutter eine Hebamme in Anspruch nehmen müsse. Auch müsse nicht zwangsläufig zum Zeitpunkt der Betreuung nach der Geburt tatsächlich erkennbar werden, ob riskante Lebenssituationen für Kinder bestehen. Erforderlich sei deshalb eine Vielzahl von Zugängen.

<-@

@-> <-@

8

Sachstandsmitteilung Netzwerk Gronau - Hand

@->

Herr Schnöring begrüßt die Vorlage und fragt nach der Weiterentwicklung für andere Stadtteile.

Dazu erklärt Herr Hastrich, die Verwaltung betreibe derzeit keine Übertragung auf andere Stadtteile. Vielmehr sei die Verwaltung froh, in Gronau - Hand Fuß zu fassen. Dies sei der Hartnäckigkeit des zuständigen Kollegen und dem Engagement der Träger, Vereine und Bürger in diesem Stadtteil zu verdanken. Er sei froh, hier eine Methode ausprobieren und vorantreiben zu können. Frühestens für das übernächste Jahr könne die Verwaltung einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise unterbreiten. Parallel wurde ein Vorhaben mit dem ZAK in Bockenberg gestartet. Auch hier solle die Entwicklung beobachtet werden; dem Ausschuss werde in einer der nächsten Sitzungen ein Bericht vorgelegt. Dadurch gebe es verschiedene Ansätze, sich problematischen Sozialräumen im Stadtgebiet zuzuwenden.

Ein Akzent der Arbeit in Gronau – Hand sei der Fußballcup am 27. und 28.09.2008 in Kooperation mit dem Stadtsportverband und der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft. Dies sei ein Versuch, über andere Zugänge an Kinder und Jugendliche heranzukommen, die möglicherweise Unterstützungsbedarf haben, sich aber nicht unbedingt direkt an einen Träger oder das Jugendamt wenden.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt die Leistungen Herrn Tillmanns. Es werde deutlich, dass solche Vorhaben durch eine Koordinierung und Steuerung gut etabliert werden können und Synergieeffekte genutzt werden. Es hätten sich viele Arbeitskreise und Gruppen gebildet.

Die Wirkung sei gemäß Vorlage für die Öffentlichkeit noch nicht messbar. Im Bereich des Bauwagens sei auch außerhalb der Öffnungszeiten Betrieb. Der Spielplatz scheine ihr etwas mehr frequentiert zu sein als im letzten Jahr. Insofern könne sie schon eine Wirkung erkennen.

Herr Hoffstadt sieht in der Entscheidung über den Bau des Hermann-Löns-Viertels eine Grundlage für die nachteilige Entwicklung. Er hoffe, für die Zukunft solche Fehler vermeiden zu können. Es wurde immer wieder die Beteiligung der Jugendhilfe an Stadtplanungsmaßnahmen eingefordert. Dazu sei es aber nicht gekommen.

Frau Bendig bedauert, dass sich manche Planungen zu Selbstläufern entwickeln, deren Ergebnisse in Teilen vorher so gar nicht gesehen wurden. Das angeführte Beispiel Chorweiler zeige, dass schon ausgewählte Materialien aggressiv machen können.

Frau Münzer lobt die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft, die eine Wohneinheit für die Projektarbeit im Hermann-Löns-Viertel zur Verfügung stellt. Die RBS bringe sich auch in allen anderen Projekten immer wieder ein. Außerdem erwähnt sie lobend die Arbeit Herrn Tillmanns, der es schaffe, dass Gruppen etwas tun.

Auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs erläutert Herr Tillmann, das Projekt sei auf zwei Jahre begrenzt und bestehe aus einem theoretischen und einem praktischen Teil, die etwa gleich lang sein sollen. Ein Jahr lang dauerte die Bestandsaufnahme und die Knüpfung von Kontakten zu den Einrichtungen. Aus der erstellten Bestandsanalyse ergab sich die Arbeit der Arbeitskreise.

Derzeit finde die praktische Umsetzung statt. Eine der ersten Maßnahmen sei der Fußballcup Gronau – Hand, an dem sehr unterschiedliche Partner zusammenarbeiten. Er gehe bei dieser und den nächsten geplanten Maßnahmen von erfolgreichen Ergebnissen aus. Er hoffe, die für 2009 geplanten Maßnahmen auch finanzieren zu können. Herr Tillmann sagt weitere Berichte zu.

<-@

9

Investitionsprogramm zum Ausbau des Angebotes an Krippenplätzen

@->

Herr Hastrich teilt mit, gemäß jüngster Mitteilung des Landesjugendamtes können die 10%, die nicht aus Bundesmitteln für die Ausbauinvestitionen aufgebracht werden, auch aus Rücklagen nach dem GTK finanziert werden. Die Verwaltung prüft derzeit, ob und inwieweit sie dies als Ergänzung zu den Richtlinien vorschlagen wird. Wenn die Prüfung abgeschlossen ist, werde die Verwaltung ggf. für die nächste Sitzung dieses Ausschusses eine entsprechende Vorlage fertigen.

Herr Galley möchte wissen, ob die Anträge auch nach Stadtteilen aufgeschlüsselt werden können, um zu sehen, welches Volumen sich dahinter verberge. Herr Hastrich sagt zu, diese Angaben der Niederschrift beizufügen. Eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung werde angestrebt. Das Ziel der Verwaltung sei, möglichst viele Einrichtungen mit Plätzen für unter Dreijährige auszustatten. Dadurch sollen alle Einrichtungen, in denen dies räumlich oder vom pädagogischen Konzept her möglich ist, auch Plätze für unter Dreijährige haben. Dadurch sollen eine „Kinderlandverschickung“ sowie ein Einrichtungswechsel bei Vollendung des 3. Lebensjahres vermieden werden. Entsprechend seien die Anträge annähernd gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt.

Auf Nachfrage Herrn Kikols (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) erläutert Herr Hastrich, die Landesregierung habe festgesetzt, dass Träger die Rücklagen, die nach dem GTK gebildet worden sind, behalten und in künftigen Jahren zur Finanzierung ihrer Kindertageseinrichtung einsetzen dürfen. Im Unterschied zur früheren Erlasslage wurde jetzt geregelt, dass diese Rücklagen auch für Investitionsmaßnahmen zur Schaffung von Plätzen für unter Dreijährige eingesetzt werden dürfen. Die Verwaltung prüfe, ob und wo dies sinnvoll sei. In den nächsten drei Jahren würden in Bergisch Gladbach etwa 6 Mio. € verbaut. Davon müssten 10% aus städtischen Mitteln aufgebracht werden. Insofern sei es schon von Bedeutung zu prüfen, ob möglicherweise andere Finanzierungsquellen dafür mitgenutzt werden können.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, in welcher Höhe Rücklagen bei den Trägern vermutet würden. Der Träger ihrer Einrichtung würde wohl kein Geld zur Verfügung stellen wollen, weil er aus der Rücklage im Notfall Gehälter zahlen könne.

Herr Hastrich geht davon aus, dass die tatsächlichen Rücklagen der einzelnen Einrichtungen völlig unterschiedlich seien und zwischen 0 € und hohen fünfstelligen Beträgen betragen. Diese Rücklagen wurden entsprechend der Zuschusssystematik nach GTK für Investitionen und nicht zur Finanzierung laufender Betriebskosten gebildet. Insofern sei die Überlegung der Stadt, die Rücklagen für Investitionen zu verwenden, durchaus vertretbar. Nach den geltenden Richtlinien sind die Rücklagen schon für Regelsanierungen einer Einrichtung zu nutzen. Möglicherweise schlage die Verwaltung dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung vor, diese Mittel jetzt für den Umbau der Plätze für unter Dreijährige zu nutzen; dafür müsse sich die Stadt in späteren Jahren stärker bei möglichen Sanierungsmaßnahmen engagieren.

<-@

10

Mittelfristige Ziele für die Produktgruppen 006.550 und 006.560

@->

Frau Bendig erklärt, sie sei gebeten worden, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und zu vertagen.

Herr Neuheuser ist von dem Vertagungswunsch überrascht. Es war Anliegen des Ausschusses, die Festlegung der Ziele voranzutreiben. Soll der nächste Haushalt schon aufgrund von Haushaltszielen aufgestellt werden, müsse der Ausschuss mit der Beratung der Ziele weiterkommen. In der nächsten Sitzung müssten Haushaltsziele beschlossen werden.

Herr Lehmkuhler (FDP-Fraktion) erklärt, seine Fraktion habe noch Beratungsbedarf. Nach seinem Eindruck sei dies auch noch bei anderen Parteien der Fall. Deshalb beantrage er die Vertagung.

Frau Schöttler-Fuchs spricht sich dafür aus, diese Vorlage als Mitteilungsvorlage zu beraten. Anhand ausgewählter Ziele solle geprüft werden, wie messbar diese Ziele seien und wie dies umgesetzt werden könne. Mit diesen Ergebnissen sollen für die anderen Handlungsziele Beschlüsse gefasst werden. Zeitrahmen sei das nächste Halbjahr nach den Haushaltsplanberatungen.

Herr Köchling berichtet, die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe habe die Vorlage ebenfalls diskutiert. Er würde es bedauern, wenn kein Beschluss gefasst wird. Nach seiner Auffassung seien die Ziele gut vertretbar. Es seien leider noch keine Indikatoren benannt. Er sehe eine große Chance, sich nicht mehr im Bereich von Zuschüssen, sondern von Zielvereinbarungen zu bewegen. Gleichwohl bestehe noch ein ziemlicher Diskussionsbedarf hinsichtlich der Indikatoren und insbesondere zu den Kooperationen, die die Zielerreichung erst ermöglichen können. Offen sei, wie die Kontakte mit Schulen, mit dem Gesundheits- und dem Arbeitsamt hergestellt werden und wer Steuerung übernehme. Gleichwohl fände er es gut, diesen Prozess durch einen Beschluss zu bekräftigen.

Frau Bendig betont, dieser Prozess solle nicht aufgehoben, sondern lediglich in die nächste Sitzung vertagt werden.

Herr Neuheuser schlägt vor, die Vertagung mit einem weiteren Arbeitsauftrag zu verknüpfen. Die Verwaltung solle an den Indikatoren und den Haushaltszielen weiterarbeiten, damit in der nächsten Sitzung mehr als diese Vorlage beraten werden könne.

Herr Schmitz (Katholische Kirche) spricht sich dafür aus, Indikatoren für die Ziele zu entwickeln, die dann auch weiter gelten und nicht in der nächsten oder übernächsten Sitzung gestrichen werden. Er finde die Ziele sehr gut; es sei richtig, daran weiter zu arbeiten. Daher befürworte er einen Beschluss in der heutigen Sitzung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit neun Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen bei einer Enthaltung)

Die Beschlussfassung wird in die nächste Sitzung vertagt. Der vorgesehene Arbeitsauftrag soll weiterverfolgt werden.

Herr Hastrich versteht den Arbeitsauftrag so, dass Indikatoren für noch nicht beschlossene Ziele entwickelt werden sollen. Die Vorlage sei nur die erste Hälfte dessen, was in der letzten Sitzung beschlossen wurde. Wenn er daran weiterarbeiten sollte, hätte er gerne eine Ausrichtung des Ausschusses gehabt.

Frau Münzer sieht den Arbeitsauftrag an die Ausschussmitglieder aus den Fraktionen gerichtet. Sie stimme Herrn Schmitz zu, dass die Diskussion wieder von vorne anfangen, wenn die Vorlage um wesentliche Dinge verändert werde. Sollten größere Änderungswünsche anstehen, setze das eine vorherige Verständigung voraus.

11 <-@
Jugendzeltplatz

@->

Frau Bendig verweist auf die Presseberichterstattung zum Jugendzeltplatz. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Vorlage.

Frau Münzer berichtet über den Ortstermin der CDU. Die Bausubstanz der Häuser sei sehr schlecht. Das Grundstück wurde verwaltungsseitig als Filetstück bezeichnet. Sie sei nicht von einer schnellen Abgabe des Grundstücks an einen Investor überzeugt. Für das Grundstück gab es auch schon vor dem Ortstermin Interessenten, die zum Teil die Nutzung des Platzes für Jugendliche weiterführen wollen.

Frau Münzer verteilt zum Erhalt des Zeltplatzes Freudenthal in der Grube Apfel einen Antrag der CDU-Fraktion, der von Frau Bendig verlesen wird. *(Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Herr Hoffstadt hält den Antrag nicht für abstimmungsfähig und verweist auf die Beschlusslage. Der Jugendhilfeausschuss habe sich entschieden, den Zeltplatz jugendhilfeseitig aufzugeben. Damit sei klar gewesen, dass das Grundstück dem Immobilienbetrieb zufällt. Nach seiner Auffassung könne nur der Rat beschließen, das Grundstück wieder für Jugendhilfezwecke zu nutzen. Er persönlich würde sich über einen Erhalt des Platzes für Jugendzwecke freuen. Das Grundstück sei zwar ein Filetstück, aber nicht verwertbar. Rund um den Zeltplatz bestehe Landschaftsschutz. Wenn nicht viel Geld für den Erhalt der Gebäude ausgegeben werde, müssten sie praktisch abgerissen werden.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, in der Vorlage der Verwaltung wurden viele Dinge zusammengetragen, die durch den Antrag der CDU-Fraktion abgefragt wurden. Sie gehe davon aus, dass der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt erneut im Jugendhilfeausschuss beraten werden müsse.

Herrn Neuheuser ist die Beschlusslage nicht klar. Gefunden habe er eine Mitteilung des Bürgermeisters, dass das AWO-Projekt auslaufe und es zu dieser Zeit keine anderen Möglichkeiten gab, den Jugendzeltplatz zu betreiben. An einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses könne er sich nicht erinnern; er habe einen solchen auch nicht gefunden. Nach seiner Auffassung hätte der Jugendhilfeausschuss dazu angehört werden müssen.

Nach seiner Auffassung solle der Ausschuss versuchen, etwas für den Jugendzeltplatz zu erreichen. Er selbst sei mit Verbänden im Gespräch. Evtl. habe noch ein zweiter Verband Interesse daran, diesen Zeltplatz zu erhalten. Es gebe auch noch weitere Möglichkeiten für einen Erhalt z. B. durch Gründung eines Trägervereins oder eine

Stiftungs oder in anderer Trägerform.

Herr Mumdey berichtet, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 18.09. stehe. Für Fragen des Verkaufs sei der Finanz- und Liegenschaftsausschuss zuständiger Fachausschuss. Seines Wissens stehe dazu keine Entscheidung an, weil es an einem konkreten Investor fehle. Er bezweifelt auch, dass Investoren Interesse an dem Platz haben. Eine bauliche Nutzung über den Bestandsschutz hinaus sei nicht zulässig. Jede Nutzungsänderung müsse baurechtlich genehmigt werden. Ein solcher Antrag liege seines Wissens der Bauverwaltung nicht vor. Eine kurzfristige Entwicklung sei derzeit nicht absehbar.

Der erste Punkt des Antrages (Historie) sei mit der Vorlage beantwortet worden. Über die grundsätzliche Vorgehensweise müsse noch nachgedacht werden.

Herr Hoffstadt sieht in dieser Vorgehensweise den Kern seines Vorschlages. Komme der Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu dem Ergebnis, der Jugendzeltplatz sei nicht zu vermarkten, müsse über die weitere Nutzung nachgedacht werden. Möglicherweise sei die bisher genehmigte Nutzung verfallen.

Herr Hastrich schlägt vor, dass die Verwaltung die Hinweise und Anregungen des Ausschusses auch ohne Beschlussfassung aufnimmt und in Kooperation mit dem Fachbereich 8 erörtert. Sollte sich daraus etwas ergeben, würde der Jugendhilfeausschuss unterrichtet.

<-@

@->

<-@

12 Anfragen der Ausschussmitglieder

12.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2008 zu den Öffnungszeiten der Kindertagesstätten

@->

Frau Münzer befürchtet, dass durch eine Befragung nicht erfüllbare Bedarfe geweckt werden. Sie fragt nach, wie mit den Resultaten umgegangen würde.

Herr Hoffstadt geht von einem Grundbedarf an erweiterten Öffnungszeiten aus. Der Umfang sei aber noch nicht bekannt. Es sei klar, dass eine Erweiterung der Betreuung nicht ohne zusätzliche Mittel möglich ist. In Köln hätten neun Einrichtungen ein Jahr lang von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr geöffnet; alle Einrichtungen seien bis 19.00 Uhr voll ausgelastet. Er könne sich nicht vorstellen, dass in Bergisch Gladbach ein anderes Ergebnis erzielt würde. Werde die Befragung durchgeführt, müssen aus dem Ergebnis auch Konsequenzen gezogen werden.

Herr Hastrich verweist darauf, dass die Verwaltung in der Frage, sich über den Bedarf zu informieren, keine Wahlfreiheit habe. Der Gesetzgeber regle ganz klar, dass der örtliche Träger der Jugendhilfe verpflichtet sei, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung vorzuhalten. Die Feststellung des Bedarfs erfolge in zwei Schritten: Die Wünsche der Eltern können durch Befragung erhoben werden und müssten politisch bewertet werden. Es sei daher unumgänglich, den Jugendhilfeausschuss erneut mit dieser Frage zu befassen.

Schwierigkeiten bei der Finanzierung sehe er eher in der Altersgruppe der unter Dreijährigen. Die Schaffung der Kapazitäten könnte möglicherweise nicht mit der Ent-

wicklung der Nachfrage mithalten.

Der Ausschuss werde spätestens Ende Februar 2009 gewichten müssen, wie die festgestellten Bedürfnisse befriedigt werden können. Herr Mumdey bestätigt die Ausführungen Herrn Hastrichs. „Bedarfsgerecht“ sei ein unbestimmter Rechtsbegriff, der ausgelegt werden müsse.

<-@

12.2 Mündliche Anfragen

@->

Herr Hoffstadt

Meine Frage bezieht sich auf die Finanzierung im Kindergartenbereich. Es wird sehr viel über die Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr diskutiert. Was würde es die Stadt Bergisch Gladbach kosten, wenn auf den Elternbeitrag im dritten Kindergartenjahr verzichtet würde? Welche sonstigen Konsequenzen würde eine solche Maßnahme haben? Ich sage ausdrücklich dazu, dass damit keine bestimmte Absicht verbunden ist, sondern lediglich wegen der Diskussionen eine Information abgefragt werden soll.

Herr Schnöring

1. Es gab, glaube ich hier im Ausschuss, die Idee, dass der Allgemeine Soziale Dienst auch Sprechstunden in den Familienzentren abhalten sollte oder zumindest zu bestimmten Zeiten dort präsent ist. Wurde dies schon umgesetzt oder ist an eine baldige Umsetzung gedacht?
2. Es gibt Modelle im Bereich der Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe usw. unter einem Dach zusammenzufassen, um möglichst schnelle Verurteilungen bei Jugendlichen herbeizuführen,. Wurden irgendwelche Ideen entwickelt, dies beim Amtsgerichtsbezirk Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit der Polizei und den entsprechenden Behörden umzusetzen?
3. In der letzten oder vorletzten Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann wurde über den Mädchenmerker diskutiert. Kann die Verwaltung prüfen, in wie weit die Möglichkeit besteht, auch einen Jungenmerker herauszugeben? Kann man Leute dazu heranziehen, z. B. Sponsoren; es gibt auch den Arbeitskreis Jungenarbeit.

Herr Hastrich erklärt zur ersten Frage, bei Präsenzzeiten des Allgemeinen Sozialen Dienstes in Familienzentren handele es sich nicht um die Beschlusslage dieses Ausschusses und sei sicherlich auch nicht von der Verwaltung zugesagt worden. Er sei froh, dass die Bezirkssozialarbeiterstellen endlich alle wieder besetzt werden können. Seien diese Stellen alle wieder besetzt, könne die Verwaltung evtl. dieser Frage näher treten. Eine zusätzliche Stelle für die Bezirkssozialarbeit wurde deswegen eingerichtet, weil die normale Fallarbeit nicht mehr gewährleistet werden kann. Insofern könne er keine Hoffnung machen, über die schon bestehenden Kontakte hinaus die Präsenzzeiten in den Familienzentren schnell und deutlich erhöhen zu können.

Zur zweiten Frage erklärt Herr Hastrich, die Verwaltung werde beim neuen Direktor des Amtsgerichts auch offiziell vorstellig werden. Die Umsetzung der Ideen sei in Bergisch Gladbach schwieriger, weil Bergisch Gladbach an der Staatsanwaltschaft Köln hänge. Außerdem decke der Amtsgerichtsbezirk große Teile des Kreises ab.

Dadurch werde die Zuordnung von Personal und die Schaffung einer „schnellen Kammer“ erschwert.

Für die dritte Frage sei der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann eher zuständig. Der Mädchenmerker wurde aus Mitteln der Gleichstellungsstelle finanziert. Im Jugendhilfe- und im Sozialetat stehen für solche Zwecke keine Mittel zur Verfügung.

Herr Galley

Sehen Sie mir bitte nach, dass ich meine Einladung nicht als Anfrage formuliere. Wer am Samstag, dem 20., nicht an der Demonstration in Köln teilnimmt, möge sich überlegen nach Refrath zu kommen. Dort findet zuerst das Fest der SPD Refrath zum Weltkindertag statt, an dem sich fast alle Einrichtungen aus Refrath beteiligen, die mit Kinder- und Jugendarbeit zu tun haben. Er würde sich sehr freuen, wenn er auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses begrüßen könne. Anschließend feiere die Kreativitätsschule ebenfalls ein größeres Fest.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.55 Uhr. <-@